



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Infobrief aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

heute finden Sie schon die 150. Ausgabe meines Infobriefs in Ihrem Postfach. In 150 Ausgaben durfte ich von meiner Arbeit in Stuttgart und im Wahlkreis informieren. Neben der Vorstellung unserer Ideen für eine gute Politik in unserem Land, gehört zur Rolle der Opposition, auch den Finger in die Wunden unzulänglicher Regierungspolitik zu legen. Und da macht es uns die Landesregierung gerade einfach: Gestern wurde im Landtag bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode eine Novellierung des Polizeigesetzes verabschiedet. Ein Gesetz, von dem Verfassungsrechtler in einer Anhörung klar gemacht haben, dass es nicht verfassungskonform ist. Wie die Grünen für Regelungen stimmen können, gegen die sie andernorts demonstrieren, bleibt ihr Geheimnis. Die anlasslose Personenkontrolle und -durchsuchung ist unnötig und der Einsatz der Bodycams in Wohnungen laut der Aussage der Expert*innen verfassungswidrig. Wichtiger wäre es, endlich die Instrumente aus der letzten Polizeireform, z.B. für die Telekommunikationsüberwachung, den Beamt*innen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Aber hier lässt der Innenminister die Beamt*innen im Regen stehen. Mein Statement dazu können Sie im Video sehen. (einfach auf das Bild „klicken“)



Außerdem wurde der Entwurf für den Nachtragshaushalt eingebracht. Hier zeigt sich deutlich, wie wenig Gestaltungskraft die Regierung hat. Grün und Schwarz konnten sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen und am Ende entschieden, dass jede Fraktion die Hälfte von immerhin 1,2 Milliarden Euro verteilen darf. So sieht kein Plan zur Rettung unserer Wirtschaft aus. Wer wirklich ein Innovationspaket auflegt, muss priorisieren und nicht Wahlkampf mit Steuermitteln machen. Denn klar ist, Investitionen sind im Moment wichtiger als die Schwarze Null. Aber die Mittel müssen bei den Menschen vor Ort ankommen und wir müssen alles dafür tun, damit Arbeitsplätze gesichert werden. Denn es geht um die Menschen im Land und nicht um grüne oder schwarze Lieblingsprojekte. Eine Möglichkeit wäre ein Transformationskurzarbeitergeld einzuführen, um auch Qualifizierung in der Kurzarbeit zu ermöglichen. Die Landesregierung hat wieder eine Chance verpasst.

Herzliche Grüße



Rainer Hinderer MdL

So wird man auf dem Land weiter warten müssen, bis der Arzt kommt“: Für den gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rainer Hinderer, ist und bleibt die Landarztquote der grün-schwarzen Landesregierung Murks: „Wer kann denn schon nach dem Abitur sicher wissen, wie seine Lebenssituation nach sechs Jahren Studium und acht Jahren Weiterbildung zum Facharzt sein wird?“ so Hinderer: „Außerdem brauchen viele Orte jetzt Landärzte – und nicht erst in 14 Jahren“.

Ein falsches Signal setzt Grün-Schwarz für Hinderer auch mit dem Konzept, Studienanfänger als Landärzte zu „verpflichten“, die sonst keinen Studienplatz bekommen hätten: „Damit werden Allgemeinmedizin und die hausärztliche Tätigkeit als zweitbeste Wahl hingestellt, an-

statt die Aufgabe des Landarztes attraktiver zu machen.

Nicht einverstanden ist Hinderer auch mit dem Konzept der möglichen Strafabwehrung: „Über diesen Weg bekommt ein Medizinstudienplatz in unserem Land einen Preis. Das wird auch dazu führen, dass wohlhabende Eltern von Studierenden die mögliche Strafzahlung zum Beispiel gegen die Kosten eines Studiums im Ausland vergleichen: „Für eine gute Arznei gegen den Ärztemangel sind mir das zu viele Risiken und Nebenwirkungen.“

12 Punkte für eine gute und umfassende Gesundheitsversorgung

Das baden-württembergische Gesundheitssystem hat in den Wochen und Monaten ab März 2020 seine Belastbarkeit gezeigt und sich bewährt. Neben dem bereits vorhandenen Weiterentwicklungsbedarf hat aber auch die Corona-Pandemie aufgezeigt, an welchen Stellen dringend nachgesteuert werden muss und wo Veränderungen notwendig sind. „Jetzt kommt es darauf an, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen“, kommentiert Rainer Hinderer, gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion. „Mit unserem 12-Punkte-Papier zeigen wir auf, wo jetzt Handlungsbedarf ist, um die Gesundheitsversorgung auf noch stabilere Füße zu stellen.“

Wichtig ist für die SPD-Landtagsfraktion für eine auskömmliche Finanzierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen durch das Land zu sorgen. „Und hier dürfen künftig keine Restkosten mehr für die Stadt- und Landkreise entstehen“, bekräftigt Rainer Hinderer. Um die medizinische Versorgung sicherzustellen und Versorgungslücken zu vermeiden, fordert die SPD alternative (ambulante) Versorgungsangebote wie Medizinische Versorgungszentren, kombiniert mit Notarztstandorten oder auch Ärztezentren. Um auch auf zukünftige Krisen vorbereitet zu sein, braucht es eine intensive Aufarbeitung der Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie, um kluge und umfassende Maßnahmen der Krisenbewältigung zu etablieren. „Dafür brauchen wir notwendige Reservebetten, ausreichend vorgehaltene Intensiv- und Beatmungsplätze und zuverlässige Vereinbarungen mit Krankenhäusern der „Zweiten Linie“. Besonders deutlich hat sich gezeigt, dass wir eine verlässliche Produktion, Logistik und Versorgung mit Schutzausstattung, Desinfektionsmittel, Medikamenten und Wirk- und Impfstoffen brauchen.“

Außerdem fordert die SPD-Fraktion, dass das Land wieder Verantwortung für die Pflegeplanung übernimmt. „Insbesondere stationäre Angebote nach einer Krankenhausentlassung in der Kurzzeitpflege, Tagespflegeangebote und besondere Hilfen für Demenzerkrankte müssen bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitsbedingungen in der Altenpflege und auch die Entlohnung müssen sich verbessern, damit genügend Personal zur Verfügung steht“.

Das ganze Papier finden Sie hier: https://www.rainer-hinderer.de/dl/12_Punkte_Gesundheitsversorgung.pdf (oder durch „klicken“ auf das obere Bild)



Kontakt:

Abgeordnetenbüro
Rainer Hinderer MdL
Wilhelmstraße 3
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 8987141

Fax: 07131 8987151

E-Mail:

info@rainer-hinderer.de

Bürger*innensprechstunde

Anmeldung unter:
07131 8987141

Donnerstag, 01. Oktober
17:30 Uhr bis 18:30 Uhr

Abgeordnetenbüro
Wilhelmstraße 3

ANDTAGS-FRAKTION BADEN-WÜRTTEMBERG
SPD